

Senioren machen weiter Druck

Rentenerhöhung Nach elf Jahren Rentenstillstand blicken insbesondere Senioren mit Spannung auf die kommende Landtagssitzung am Mittwoch. Sie fordern einmal mehr die Rückkehr zum Mischindex, wie es die «Fairness»-Initiative vorsieht.

VON DANIELA FRITZ

Im September fand sich - unter Vorbehalt - eine knappe Mehrheit für die sogenannte «Fairness»-Initiative der Abgeordneten Johannes Kaiser (FBP) und Manfred Kaufmann (VU). Sie fordern, bei der Berechnung der Renten nicht mehr den Konsumentenpreisindex, sondern wieder den Mischindex aus Konsumentenpreis- und Lohnentwicklung heranzuziehen. Das würde nach elf Jahren erst-

mals wieder zu einer Rentenerhöhung führen. Auch die Regierung stellte bereits eine mögliche Erhöhung aufgrund der Teuerung im heutigen System in Aussicht, wollte der Initiative allerdings nicht vorgreifen. Eines der Hauptargumente gegen den Vorstoss war im Landtag der Wunsch nach einer ganzheitlichen Lösung für die Probleme rund um den demografischen Wandel und strukturelle Defizite der Sozialwerke - die Abgeordneten hatten dabei auch die für Ende 2023 angekündigte Altersstrategie im Kopf. Kritisiert wurde auch, dass für die Mehrkosten kein konkreter Finanzierungsvorschlag vorliegt.

Kaiser und Kaufmann besserten nach und legen für die Zweite Lesung ein Finanzierungsmodell vor: Demnach sollen höhere Renten «kostenneutral» über die Beitragszahlungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern finanziert werden. Der Beitrag an die IV - mit genü-

gend Reserven - soll gesenkt werden, um den höheren AHV-Beitrag auszugleichen. Der Landtag behandelt die Gesetzesinitiative nächste Woche - eine Mehrheit ist keineswegs gesichert.

Druck kommt deshalb vom Seniorenbund. Erst diese Woche bekräftigte der Verband seine Erwartungen, dass der Landtag der «Fairness»-Initiative zustimmt. Die Zeit der Ausflüchte sei vorbei. «Die Initianten haben eine überzeugende Möglichkeit zur Finanzierung der Rentenerhöhung vorgestellt, die weder den Staatshaushalt noch die Arbeitgeber oder Arbeitnehmer belastet», so der Seniorenbund. Auch für Christl Gstöhl, ehemalige Präsidentin des Seniorenbunds, spricht nichts mehr gegen eine Rentenerhöhung. Im Gegenteil, sie kündigte bereits andere Wege an: «Uns ist es ernst. Wenn die Abgeordneten der Initiative nicht zustimmen, gehen wir Stimmen sammeln.»

Rückendeckung kommt auch von den Senioren in der FBP. «Im Rahmen der Staatshaushaltssanierung leisteten die Rentner ihren Obolus», so Alois Blank. Einschneidend sei insbesondere die Loslösung vom Mischindex gewesen. In der Schweiz, die dieses Berechnungssystem noch anwendet, seien die Renten im selben Zeitraum vier Mal um insgesamt drei Prozent erhöht worden. Dort wird die Rente allerdings nur zwölf Mal pro Jahr ausbezahlt - noch erhalten liechtensteinische Rentner also mehr als Schweizer. Für Blank ist eine Rentenerhöhung trotzdem ein «Akt der Gerechtigkeit». «Es ist in keinster Weise nachvollziehbar, dass ein Grossteil des Landtages und der Regierung diese Sparmassnahme des Rentenstopps - mittlerweile seit elf Jahren - weiterhin nicht ändern will», so Blank. Dies grenze an Geringschätzung und fehlendes Verständnis gegenüber der älteren Generation. Seite 5